

VON DÜNKIRCHEN NACH BRÜSSEL – DIE ENTSTEHUNG VON NATO UND WEU

Erwin A. Schmidl

Die NATO wurde, so ein gern zitiertes Bonmot, geschaffen, um die Russen aus Europa fern-, die Amerikaner drinnen und die Deutschen niederzuhalten: ‚to keep the Russians out, the Americans in, and the Germans down.‘ So wenig präzise eine derartige Verkürzung auch ist ganz falsch dürfte sie nicht sein. Allenfalls könnte man - nach 1989 debattieren, mittlerweile auch bei den Deutschen "in" statt "down" zu sagen. Jedenfalls war die Entstehung sowohl der NATO wie der WEU ganz wesentlich von der weltpolitischen Kräfteverteilung der ersten Jahre nach 1945 bestimmt. Dabei waren manche Interessen der Europäer und Amerikaner durchaus unterschiedlich. Zum Hintergrund der Entstehung von NATO und WEU gehört schließlich auch die Entwicklung der Vereinten Nationen in den Anfangsjahren des Kalten Krieges.

Im Zweiten Weltkrieg schien die Frontstellung ziemlich klar. Auf der einen Seite kämpften die "Vereinten Nationen" der Begriff "United Nations" stammt bereits aus dem Jahre 1941 auf der anderen die "Achsenmächte" Deutschland und Japan mit ihren Verbündeten und Satelliten. Bereits während des Krieges entstand, in Weiterentwicklung des Systems des Völkerbundes von 1919, eine neue Nachkriegsordnung; dieses System führte schließlich 1945 (San Francisco Konferenz) zur Organisation der Vereinten Nationen (United Nations Organisation, UNO) , mit ihrer Vielzahl an Organen und Unterorganisationen¹. Klar war in diesem Konzept die Vormachtstellung der USA - eine zeitgenössische Publikation über die UNO hieß nicht grundlos "Der amerikanische Weg zum Weltfrieden."²

Allerdings zeigte sich sehr rasch, daß das Ende des totalen Krieges keineswegs den totalen Frieden brachte. Angesichts der in den Ost-West-Gegensatz überleitenden Nachkriegsspannungen konnte auch das System der Vereinten Nationen nicht so funktionieren, wie dies geplant gewesen war. (Einige Bestimmungen des Kapitels VII der UN-Charta - über "Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens oder bei Angriffshandlungen" -, beispielsweise jene über die Bereitstellung von UN-Streitkräften durch die Mitgliedsstaaten, sind bis heute nicht umgesetzt.) In einigen Regionen - in Griechenland und China beispielsweise, oder in Niederländisch-Ostindien [Indonesien] - gingen die bisherigen Kämpfe gegen die deutsche bzw. japanische Besatzungsmacht fast nahtlos in einen Bürgerkrieg der kommunistischen Partisanen gegen pro-westliche Regierungen (in Griechenland bzw. China) oder in einen Untergrundkampf nationalistischer Guerillas gegen die Kolonialmacht (in Indonesien) über.³ Die Unterstützung der einen oder anderen Konfliktpartei durch die Großmächte kündigte die zukünftige Spaltung der Welt im Ost-West-Konflikt an. Das in der Charta der Vereinten Nationen vorgegebene System der kollektiven Sicherheit konnte unter diesen Umständen nie jene Bedeutung erlangen, die ihm 1945 zugedacht worden war. Lediglich zur Begrenzung des "Kalten Krieges" dienten die Beobachtereinsätze (seit 1947, zuerst in Griechenland, Indonesien, Palästina und Kaschmir) und Einsätze von "Friedenstruppen" ("Blauhelmen", seit 1956 zuerst im Sinai).⁴ Jedenfalls bestimmte die Möglichkeit, daß der Ost-West-Konflikt nicht nur auf Nebenkriegsschauplätzen ausgetragen werden konnte, zunehmend die strategischen Erwägungen der Großmächte.

Die US-Kriegspläne der späten vierziger Jahre: Rückzug aus Europa und strategischer Bombenkrieg

In den Vereinigten Staaten wurde die Gefahr eines sowjetischen Angriffs auf Europa stets sehr gering eingeschätzt. Die sowjetische Wirtschaft werde, so übereinstimmend die Analysen der US-Generalstabschefs, zumindest bis in die fünfziger Jahre benötigen, um sich von den Folgen des Zweiten Weltkrieges zu erholen. Ein groß angelegter Angriff auf Westeuropa galt unter diesen Umständen als unwahrscheinlich - wohl aber wäre es nicht auszuschließen, daß sich aus kleineren sowjetischen Vorstößen (mit solchen rechnete man vor allem in Griechenland,⁵ der Türkei oder im Mittleren Osten) ein größerer Konflikt entwickeln könnte. Da die westlichen Truppen viel zu schwach wären, Mittel- und Westeuropa gegen einen sowjetischen Angriff zu verteidigen, sahen die US-Planungen für diesen Fall einen Rückzug aus großen Teilen Europas vor. Von Stützpunkten in Großbritannien, allenfalls in Spanien und Italien, Nordafrika, dem Mittleren Osten, Indien, Japan und China sollte dann ein strategischer Luftkrieg (unter Einsatz von Atombomben) geführt werden, um die Sowjetunion zu besiegen - erst dann erschien die Rückeroberung Westeuropas möglich. In gewisser Weise sollte also das Schema des Zweiten Weltkrieges wiederholt werden, nur gegen die Sowjetunion statt gegen die Achsenmächte.⁶

Diese Planungen der US-Generalstabschefs berücksichtigten zwar die Ressourcen der europäischen Staaten, gingen aber davon aus, daß die meisten Europäer zu schwach wären, um ohne massive US-Unterstützung als kampfkraftige Verbände eingesetzt zu werden. Auch die Einschätzung der zu erwartenden politischen Haltung der europäischen Staaten orientierte sich stark an den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges. 1947 beispielsweise rechneten die US-Planer lediglich mit Großbritannien, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg sowie Dänemark und Norwegen als verlässlichen Partnern. Schweden und die Schweiz würden sich nur verteidigen, wenn sie direkt angegriffen würden; das Verhalten Frankreichs, Polens und der westlich besetzten Teile Deutschlands galt als nicht vorhersagbar. Österreich, die Tschechoslowakei und Finnland könnten sich einem sowjetischen Angriff kaum widersetzen; die übrigen mittel- und osteuropäischen Staaten galten bereits als mehr oder weniger willige Satelliten Stalins⁷. Auch die für den Luftkrieg gegen die Sowjetunion eingeplanten Basen (die britischen Inseln, Süditalien, Nordafrika mit dem Zentrum Kairo-Suez, dann Indien und die japanischen Inseln) erinnern stark an den Zweiten Weltkrieg.

Doch auch die Westeuropäer dachten noch stark in den Mustern der Jahre vor 1945. So richtete sich der am 4. März 1947 zwischen Großbritannien und Frankreich geschlossene "Pakt von Dünkirchen" in erster Linie gegen eine mögliche Bedrohung durch ein wieder erstarktes Deutschland - auch die Ortswahl war symbolisch, stand Dünkirchen doch für die Fortsetzung des Krieges durch die Westmächte nach der Niederlage Frankreichs 1940⁸. Ein Jahr später, am 17. März 1948, wurde dieser Bündnisvertrag durch den Beitritt der Benelux-Staaten zum "Brüsseler Fünfmächtevertrag" ("Westunion", seit 1955 "Westeuropäische Union", WEU) erweitert. Die Vertragspartner verpflichteten sich, ihre Wirtschaftspolitik zu koordinieren, Streitigkeiten friedlich beizulegen und einander zu unterstützen, sollte einer der fünf Staaten militärisch angegriffen werden.

Allerdings sah die Welt 1948 schon ganz anders aus als ein Jahr zuvor. 1947 leiteten die Truman-Doktrin und der Marshall-Plan ein verstärktes amerikanisches Engagement in Europa ein: der schleichenden Ausbreitung des Kommunismus sollte Widerstand geleistet werden⁹. Dafür konsolidierte sich 1947/48 die sowjetische Herrschaft im östlichen Mitteleuropa: in Polen und Ungarn übernahmen die Kommunisten 1947 die Macht, in der Tschechoslowakei 1948. In Deutschland beendete der Austritt des sowjetischen Vertreters im März 1948 de facto die Tätigkeit des Alliierten Kontrollrates; ab April nahmen die westlichen Zonen am Marshall-Plan teil. Der Versuch der Sowjetführung im Juni 1948, die westlichen Zonen Berlins durch eine Blockade zu bezwingen, scheiterte an der westlichen "Luftbrücke", die auch deutlich das gesteigerte Interesse der USA an Europa demonstrierte¹⁰. Die

Ministerpräsidenten der deutschen Westzonen beriefen im Sommer 1948 eine verfassungsgebende Versammlung ein, die schließlich 1949 zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland führte (23. Mai). Der Einigung im Westen folgte die Konstituierung der sowjetischen Besatzungszone als Staat: Am 7. Oktober 1949 trat die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft.¹¹

Vielleicht am wirkungsvollsten zeigte sich das neue amerikanische Engagement im griechischen Bürgerkrieg. Hatten die USA zunächst die Unterstützung der pro-westlichen Sache den Briten überlassen, so übernahmen die USA ab 1947 die führende Rolle des Westens - parallel mit dem Zerfall des britischen Empire (Palästina, Indien). Damit endeten auch die Befürchtungen der Europäer, die USA könnten nach Ende des Zweiten Weltkrieges einem neuen Isolationismus verfallen. Durch die vertragliche Bindung der westeuropäischen Staaten im Brüsseler Pakt wurde andererseits eine totale Einseitigkeit vermieden - auch in US-Analysen galten die Europäer seit 1948 als verlässlichere Partner gegen eine mögliche kommunistische Bedrohung.¹²

Übrigens verschob sich 1948 das Kräfteverhältnis in Europa gleich an mehreren Stellen. In Skandinavien gelang es der Sowjetunion, Finnland mit einem Militärbündnis zu binden - hingegen wurde Jugoslawien, bis dahin treuer Vasall des Sowjetimperiums, im Juni 1948 aus der Kominform ausgeschlossen und driftete langsam in eine Annäherung an den Westen.¹³

Von der Westunion zur Westeuropäischen Union: die europäische Komponente

Angesichts dieser Entwicklung gewannen die Bedenken der Europäer gegen die leichtfertige Aufgabe Westeuropas im Falle eines sowjetischen Angriffes an Bedeutung. Stärker noch als für Großbritannien galt das zweifellos für Frankreich: ein erneuter Rückzug aus Europa, nicht einmal ein Jahrzehnt nach 1940, mußte den Franzosen fast denkmöglich erscheinen. Daher sahen französische Planungen schon früh den Widerstand gegen einen Angriff möglichst weit im Osten vor einschließlich der Besatzungszonen in Deutschland und Österreich (z.B. "Pilgrim Dog" Pläne von 1948)¹⁴. Rückblickend meinte der damalige französische Hochkommissar in Österreich, General Emile Béthouart, er sei in Tirol und Vorarlberg (d.h. der französischen Besatzungszone) zum Europäer geworden.¹⁵

Auch die Amerikaner kalkulierten ab 1948 einen Widerstand in Westeuropa in ihre Planungen ein, um den sowjetischen Vormarsch durch Westdeutschland und Frankreich sowie Norditalien möglichst zu verzögern. Es gab zunehmend gemeinsame Übungen und Absprachen zwischen amerikanischen, britischen und französischen Stäben für eine koordinierte Verteidigung. Die Berlin-Krise 1948/49 zeigte nicht nur die Realität der sowjetischen Bedrohung, sondern förderte auch die Beschäftigung mit möglichen Verteidigungsszenarien für Europa.¹⁶ Gleichzeitig wurde die Vorbereitung für etwaige Partisanenaktionen hinter den sowjetischen Linien intensiviert.¹⁷ (Auch die 1996 bekannt gewordene Anlage amerikanischer Waffenlager in Österreich ist in diesem Zusammenhang zu sehen.)

Dennoch: eine vertragliche Einbindung der USA in das entstehende westeuropäische Verteidigungsbündnis der "Westunion", wie dies der britische Außenminister Ernest Bevin noch Ende 1947 angestrebt hatte, scheiterte vorerst noch. Neben der Automatik der militärischen Beistandsverpflichtung (gegen die sowohl der US-Kongreß als auch die militärische Führung Bedenken hegten, da dadurch der Verfügungsspielraum über US-Verbände eingeschränkt würde) stellte auch die regionale Beschränkung auf Westeuropa für die USA ein Problem dar, befürchtete Washington doch einen sowjetischen Angriff nicht nur in Europa, sondern auch in Alaska und Kanada.

In der Folge entwickelten sich daher aus der "Westunion" zwei verschiedene Bündnisysteme, die freilich miteinander verschränkt blieben. In Nachvollziehung der mittlerweile erfolgten Änderung der politischen Großwetterlage wurde die Westunion in den

"Pariser Verträgen" vom Oktober 1954 um die Bundesrepublik Deutschland und Italien zur "Westeuropäischen Union" (WEU) erweitert; die Verträge traten¹⁸ am 5. Mai 1955 in Kraft.

Dies ist vor dem Hintergrund der mittlerweile vor allem im wirtschaftspolitischen Bereich begonnenen europäischen Einigung zu sehen. Auf Basis des amerikanischen "Marshall-Plan"-Programms für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Westeuropas ("European Recovery Program", ERP) von Juni 1947 schlossen sich im April 1948 die 16 Empfängerstaaten zur Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit („Organization of European Economic Cooperation", OEEC; seit 1960 „Organization of Economic Co-operation and Development", OECD) zusammen.¹⁹ Zur Verständigung über gemeinsame politische Fragen entstand 1948/49 der Europarat ("Londoner Zehnmächtepakt", August 1949). 1951 wurde die Bundesrepublik Deutschland in den Europarat aufgenommen; im selben Jahr (18. April) gründeten Deutschland, Frankreich, Italien und die Benelux-Staaten die "Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl" ("Montanunion", EGKS): Durch die Unterstellung der für die Rüstungsindustrie wesentlichen Rohstoffe unter die Aufsicht einer überstaatlichen Aufsichtsbehörde sollte die Gefahr eines neuen Krieges zwischen den westeuropäischen Staaten ein für allemal gebannt werden. Die EGKS wurde damit zur ersten der drei "Europäischen Gemeinschaften" (EG) - 1957 folgten die "Europäische Wirtschaftsgemeinschaft" (EWG) und die "Europäische Atomgemeinschaft" (EAG, "Euratom"). Deren weitere Entwicklung bis hin zur "Europäischen Union" (EU) im Sinne der Verträge von Maastricht (1992) und Amsterdam (1997) braucht an dieser Stelle nicht im Detail geschildert zu werden.²⁰

Erwähnt werden muß aber eine weitere europäische Initiative, die "Europäische Verteidigungsgemeinschaft" (EVG) von 1952. Dieser Plan einer gemeinsamen "Europaarmee" scheiterte allerdings an französischen Befürchtungen vor einem (west-)deutschen militärischen Übergewicht. Daher lief die militärische Einigung Europas zunehmend auf einer anderen Schiene, die die transatlantische Partnerschaft und die US-Führungsrolle in diesem Bereich betonte: die NATO. Anders als die Europäischen Gemeinschaften (einschließlich der geplanten EVG) verzichtete die NATO auf den supranationalen Anspruch und beschränkte sich auf die politische und militärische Kooperation im Bündnis.²¹

Die nordatlantische Komponente

Im Grunde geht auch diese "North Atlantic Treaty Organization" (Nordatlantische Allianz, NATO) auf den Brüsseler Pakt von 1948 zurück. Die Europäer strebten eine festere Einbindung der USA in das entstehende europäische Sicherheitssystem an; im März 1948 fanden diesbezügliche Gespräche in Washington statt. Weitere Verhandlungen folgten. Einer direkten US-Teilnahme an der Westunion stand deren festgeschriebene militärische Beistandspflicht entgegen - eine solche hätte der US-Kongreß nie akzeptiert. Wohl aber kristallisierte sich die Möglichkeit heraus, die Westunion durch einen Nordatlantikpakt (und analog einen Mittelmeerpakt als Absicherung der pro-westlichen Regierungen in Griechenland und der Türkei) zu ergänzen.

Ausgangspunkt war die in Kapitel VIII der UN-Charta vorgesehene Möglichkeit des "Bestehen[s] regionaler Abmachungen oder Einrichtungen zur ... [regionalen] Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit" (Artikel 51) in Wahrnehmung des individuellen und kollektiven Rechts auf Verteidigung. Nationaler Sicherheitsrat und Außenministerium der USA arbeiteten bereits im Frühjahr 1948 ein Konzept für einen derartigen Vertrag aus. Als mögliche Mitglieder wurden die Staaten der Westunion (Großbritannien, Frankreich, Benelux) sowie die USA und Kanada genannt, weiters die skandinavischen Staaten einschließlich Schwedens und Islands (ohne Finnland, das ja 1948 einen Bündnisvertrag mit der Sowjetunion abgeschlossen hatte) sowie Irland und Portugal. Spanien, Deutschland und Österreich sollten, so dieses Konzept, später folgen.²² Vor allem

aus französischer Sicht bildeten die österreichischen Alpen einen Schlüssel zur Verteidigung Oberitaliens und Westeuropas, Frankreich befürwortete daher bereits 1948 einen späteren Beitritt Österreichs zur NATO.²³

Obwohl als Prinzip gelten sollte, daß jeder Angriff auf ein Mitglied zugleich als Angriff auf alle gewertet würde, fehlte eine automatische militärische Beistandspflicht, wie sie etwa in der Westunion galt: die Wahl der etwaigen Maßnahmen im Falle einer Aggression blieb den Mitgliedsstaaten vorbehalten. Dies war nicht bloß eine Konzession an den US-Kongreß, sondern auch an die militärische Führung in den USA, die (man mag ergänzen: damals wie heute) jeder fixen Bindung von amerikanischen Streitkräften in Übersee ablehnend gegenüberstand. Dieses Konzept setzte sich schließlich in den Verhandlungen, die 1948/49 stattfanden, durch und wurde zur Grundlage des Nordatlantikvertrages, der am 4. April 1949 in Washington unterzeichnet wurde.²⁴ Mitglieder waren die zunächst genannten Staaten außer Irland und Schweden. Als Gültigkeitsbereich wurde der nordatlantische Raum einschließlich Algeriens (damals noch französisches Überseegebiet) bestimmt, jedoch ohne die europäischen Kolonien sonstwo: Die USA wollten nicht in die Kämpfe um die koloniale Unabhängigkeit (schon gar nicht auf Seiten der Kolonialmächte!) verstrickt werden, brauchten aber Nordafrika (ebenso wie Island) als Eckpfeiler der Versorgungsrouten nach Europa.²⁵

Angesichts der folgenden Entwicklung scheint es fast paradox, daß die NATO in erster Linie als politische Allianz geschaffen wurde, die über keine eigenen Streitkräfte verfügte - Zeitgenossen werteten es als durchaus symbolisch, daß die US-Militärkapelle anlässlich der Unterzeichnung "I've Got Plenty of Nothing!" intonierte. Im höchsten Beschlußgremium, dem Nordatlantikrat ("North Atlantic Council", NAC) herrscht das Einstimmigkeitsprinzip; die NATO verfügt zwar über integrierte Stäbe, nicht aber über eigene Streitkräfte. Für konkrete militärische Planungen und Aufträge war vielmehr die Westunion/WEU vorgesehen.²⁶ Durch die vorhandene US-Truppenpräsenz in Europa freilich ergab sich in der Folge eine immer stärkere reale Bedeutung der NATO auch im militärischen Bereich

Die Gründung der NATO signalisierte die Erweiterung der wirtschaftlichen und politischen Allianz des Westens hin zum militärstrategischen Bereich, zugleich aber die zunehmende Verschränkung der amerikanischen und europäischen Interessen. 1950/51 war es dann soweit, daß die bisherigen US-Planungen, Europa im Kriegsfall den Sowjets zu überlassen, vom Konzept der "Vorneverteidigung" (forward Defence") abgelöst wurde.²⁷

Entscheidend für diese Entwicklung waren aber nicht nur Vorgänge in Europa, vielmehr spielten der kommunistische Sieg im Chinesischen Bürgerkrieg (November 1949) sowie der Koreakrieg (1950-53) eine wichtige Rolle.²⁸ In Europa wurde, wie schon erwähnt, die Westunion 1954 durch die Einbeziehung der Bundesrepublik Deutschland und Italiens zur Westeuropäischen Union erweitert. Diese trat am 5. Mai 1955 in Kraft; vier Tage später wurde die Bundesrepublik auch in die NATO aufgenommen. Um diese Festigung der westdeutschen Zugehörigkeit zum Westen noch in letzter Minute zu vereiteln, erklärte sich die Sowjetunion schließlich 1955 bereit, Österreich als neutralen Staat in die Unabhängigkeit zu entlassen²⁹, dieses "Angebot" einer ähnlichen Lösung für Deutschland (Wiedervereinigung und Neutralisierung anstelle der Zugehörigkeit der Bundesrepublik zum Westen) blieb aber ohne Echo.³⁰

Der Integration der Bundesrepublik in Westeuropa entsprach die Entwicklung im Osten: 1954 wurde die "DDR" von der Sowjetunion als souveräner Staat anerkannt und trat 1956 dem "Warschauer Pakt" bei, der 1955 gegründeten osteuropäischen Militärallianz unter sowjetischer Führung.

Ausblick

Die Entwicklung seit den fünfziger Jahren soll nicht an dieser Stelle beschrieben werden. Aufgrund der Gegebenheiten in Europa entwickelte sich die NATO bald zum dominierenden "Pfeiler der Allianz" im Westen und übernahm neben den militärischen auch zahlreiche

politische Agenden, die zum friedlichen Miteinander der westlichen Staaten entscheidend beitragen. So ist es nicht zuletzt der NATO zu verdanken, daß es bisher trotz zahlreicher Konflikte (Zypern ist nur einer davon) nicht zum offenen Krieg zwischen der Türkei und Griechenland kam. Die Allianz wurde schrittweise von 12 auf 16 Mitglieder erweitert; eine neue Erweiterungsrunde steht derzeit (1997) bevor.³¹ Damit wurde die NATO das militärpolitische Gegenstück zur europäischen wirtschaftlichen und politischen Einigung im Rahmen der EG/EU.

Hingegen spielte die WEU - im Gegensatz zu den Erwartungen 1948/49 -bis in die neunziger Jahre eine geringere Rolle. Dies änderte sich erst im Vertrag von Maastricht 1992, der die WEU als zukünftigen militärischen Arm der EU nannte.³² Die für den Amsterdamer Gipfel (1997) vorgesehene schrittweise Integration in die EU scheiterte jedoch an der britischen Haltung. In der Praxis ergibt sich weiterhin eine Verschränkung von WEU und NATO, bei stärkeren europäischen Initiativen (Schaffung gemischter Verbände, "Eurokorps"). Neben Vollmitgliedern hat die WEU

Die übrigen EU-Staaten (Dänemark - auch NATO-Mitglied - sowie Finnland, Irland, Österreich und Schweden sind "Beobachter"), während die übrigen europäischen NATO-Staaten (Island, Norwegen und die Türkei) als Assoziierte Mitglieder rangieren. Folgende Staaten sind - da weder EU- noch NATO-Mitglieder - "Assoziierte Partner" in der WEU: Bulgarien, Estland, Litauen, Polen, Rumänien, die Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik und Ungarn auch Assoziierte Mitglieder, Beobachter (z.B. Österreich) und Assoziierte Partner. Die WEU trat vor allem im Jugoslawischen Erbfolgekrieg" seit 1992 - teils alleine ("Unified Police Force" in Mostar, 1994-96), teils in Zusammenarbeit mit der NATO (Sanktionsüberwachung in der Adria) - in Erscheinung.

Wie auch immer die weitere Entwicklung - hinsichtlich beider Organisationen, als auch hinsichtlich ihrer Stellung zueinander - verläuft, kann bereits jetzt gesagt werden, daß der NATO seit 1989 neben der militärischen eine immer stärkere Rolle als Motor und Vehikel der europäischen Einigung im politischen Bereich zukommt, Dies kam vor allem durch die Schaffung der "Partnerschaft für den Frieden" ("Partnership for Peace", PfP) zum Ausdruck. Diese wurde 1994 als Rahmen für die militärische und sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen NATO- und ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten (z.B. bei Vorbereitung und Durchführung von Friedensoperationen, aber ohne Beistandsgarantie im Verteidigungsfall) geschaffen. Die PT umfaßt derzeit 43 Mitglieder (die 16 NATO-Staaten und 27 weitere, darunter Österreich und die Schweiz, aber auch Rußland und die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion). Folgende Staaten sind Mitglieder in der "Partnerschaft für den Frieden": Albanien, Armenien, Aserbeidschan, Belarus (Weißrußland), Bulgarien, Estland, Finnland, Georgien, Kasachstan, Kirghisistan, Lettland, Litauen, Makedonien, Moldawien, Österreich, Polen, Rumänien, Rußland, Schweden, Schweiz, Slowakei, Slowenien, die Tschechische Republik, Turkmenistan, Ukraine, Ungarn und Usbekistan. Malta unterzeichnete das PfP-Rahmendokument 1995, trat aber 1996 wieder aus³³. Zunächst als "Trostpflaster" für jene Staaten gedacht, die nicht sofort NATO-Mitglieder werden konnten, entwickelte sich die PfP durch gemeinsame Übungen usw. zu einer wichtigen Ergänzung der NATO und hat Funktionen einer Institution der kooperativen Sicherheit übernommen.

Im Rahmen der internationalen Friedensbemühungen in Bosnien-Herzegowina übernahm die NATO seit Ende 1995 den militärischen Part („Peace Implementation Force", IFOR; seit Ende 1996, Stabilization Force", SFOR), während andere Organisationen (UNO, OSZE, EU) die Polizei-, administrativen und Menschenrechtsaufgaben wahrnehmen. Obwohl sich gerade in diesem Bereich auch Schwächen der NATO-Organisation zeigten, ist zu erwarten, daß die NATO auch in Zukunft eine wichtige Rolle bei europäischen Friedenseinsätzen spielen wird.

Anmerkungen:

1. Das Standardwerk über die UNO in deutscher Sprache ist das Handbuch von Günther Unser, Die UNO: Aufgaben und Strukturen der Vereinten Nationen, München: dtv/Beck, 6. Neubearb. N. erw. Aufl. 1997.
2. Sir Alfred Zimmern, The American Road to World Peace, New York : Dutton 1953, dt.: Wien: Amalthea 1956.
3. Dazu als nützliche Referenz: John W. Young, Cold War and Détente 1941-91, Longman Companions to History, London - New York 1993.
4. Als Übersicht: Erwin A. Schmidl, Friedensoperationen nach 1945, in: Erich Reiter (Hg.), Österreichisches Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 1997, Graz - Wien - Köln: Styria 1997, 451 - 475.
5. Diese Befürchtung sah auch Stalin - sein Rückzug aus dem Griechischen Bürgerkrieg 1948 war nicht zuletzt auf die Furcht einer Verwicklung in einen größeren Konflikt zurückzuführen. Vgl. Beatrice Heuser, Western 'Containment' Policies in the Cold War: "The Yugoslav Case 1948-53, London - New York: Routledge 1989, 31.
6. Es handelt sich dabei um die Kriegspläne "Pincher" (1946/47), "Broiler" (1947/48), "Bushwacker" (1948) und "Halfmoon" (1948/49) mit ihren verschiedenen Varianten. Dazu im Detail Steven T. Ross, American War Plans 1945-1950. New York & London: Garland 1988; auch Christian Greiner, "Die alliierten militärstrategischen Planungen zur Verteidigung Westeuropas 1947-1950" in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1950, Bd. 1, München-Wien: Oldenbourg 1982, S. 119 - 323; sowie Aspekte der deutschen Wiederbewaffnung bis 1955 (= Militärgeschichte seit 1945, Bd. 1) Boppard: Boldt 1975, 168. Beide letztgenannten Arbeiten wurden vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt der Bundeswehr herausgegeben.
7. Ross, War Plans. 40.
8. Zum Hintergrund des "Wunders von Dünkirchen" 1940, d.h. die Ermöglichung der Evakuierung großer Teile der französischen und britischen Expeditionstruppen (fast 340 000 Mann!) in Folge einer zweitägigen Pause im deutschen Vormarsch, vgl. Karl-Heinz Frieser, Blitzkrieg-Legende: Der Westfeldzug 1940 (= Operationen des Zweiten Weltkrieges Bd. 2), München: Oldenbourg 1996, 363-376.
9. Vgl. Derek W. Urwin, The Community of Europe: A History of European Integration since 1945 (London New York / Longman, 2nd ed. 1995), 15-, zur französischen Einschätzung: Margit Sandner, Die französisch-österreichischen Beziehungen während der Besatzungszeit von 1947 bis 1955 (=Dissertationen der Universität Wien 162), Wien: VWCTO 1993,287.
10. Robert Rodrigo, Berlin Airlift London: Cassell 1960; Avi Shlaim, The United States and the Berlin Blockade, 1948-1949: A Study in Crisis Decision-Making, Berkeley: University of California Press 1983; Ann and John Tusa, The Berlin Airlift New York: Atheneum 1988.
11. Auf die Deutschlandfrage kann hier nicht im Detail eingegangen werden. Zum Hintergrund vgl. Andreas Hillgruber, Europa in der Weltpolitik der Nachkriegszeit 1945-1963 (=Grundriß der Geschichte 18), München Wien: Oldenbourg 1981.
12. Ross, War Plans, 87, 90.
13. Heuser, Containment Policies, 21ff u. passim.
14. In diesem Zusammenhang sei auf meinen demnächst in "Geschichte und Gegenwart" erscheinenden Beitrag (mit weiteren Literaturangaben) über US-Pläne für eine Luftversorgung Wiens im Falle einer Blockade à la Berlin verwiesen.

15. Sander, französisch-österreich. Beziehungen, 20, 260ff.
16. JPD. Dunbabin, The Cold War: The Great Powers and their Allies London - New York: Longman 1994, 98.
17. Ross, War Plans, 9 1.
18. Greiner, Planungen 150f
19. Auch die Umschichtung der Wirtschaftshilfe von UN-Programmen (wie UNRRA) zu Marshall-Plan und OEEC zeigte das geänderte Verständnis für die Aufgaben der UN in der Welt nach 1945. Vgl. Dunbabin, Cold War, 90; auch Urwin, Community of Europe, 19.
20. Vgl. u.a. die genannte Arbeit von Urwin, Community of Europe.
21. Vgl. Paul Noack, Militärpolitische Entscheidungen nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft, in: Aspekte der deutschen Wiederbewaffnung bis 1955, Militärgeschichte seit 1945, Bd. 1, Boppard am Rhein: H. Boldt 1975, 149-168; Hillgruber, Nachkriegszeit 59.
22. Greiner, Planungen, 153f
23. Sandner, Französisch-österreich. Beziehungen 287, 264.
24. Greiner, Planungen 155ff
25. Aus dieser Festlegung des Geltungsbereiches nördlich des Wendekreises des Krebses entstand der Begriff "out of area", mit dem in der politischen Diskussion der neunziger Jahre andere als Verteidigungsaufgaben innerhalb der Allianz bezeichnet werden. Korrekt ist das nicht, da Geltungsbereich und Verteidigungsauftrag zwei verschiedene Vertragsprinzipien ansprechen - "out of area" bezeichnet eben das Gebiet südlich des Wendekreises des Krebses, das vom NATO-Vertrag nicht berührt wird.
26. Greiner, Planungen 157.
27. Vgl. Beatrice Heuser, Nato-Kernwaffenstrategie im Kalten Krieg: Eine kleine rückblickende Übersicht; in: Österreichische Militärische Zeitschrift Jg. 33 (1995), 145-156 u. 265-274; Hillgruber, Nachkriegszeit, 56
28. Vgl. vor allem die Beiträge von Tilemann Grimm und Jürgen Rohwer in: Oswald Hauser (Hg.), Weltpolitik 111: 1945-1953: 13 Vorträge, Göttingen - Frankfurt - Zürich: Musierschmidt 1978.
29. Das Standardwerk dazu von Gerald Stourzh, Geschichte des Staatsvertrages 1945-1955: Österreichs Weg zur Neutralität, Graz - Wien - Köln: Styria 1975, 3. Aufl. 1985 wird, demnächst in einer völlig überarbeiteten 4. Auflage erscheinen.
30. Vgl. dazu Michael Gehler - Rolf Steininger, Österreich und die europäische Integration 1945-1993,(= Arbeitskreis Europäische Integration: Historische Forschungen 1), Wien - Köln - Weimar: Böhlau 1993 sowie auch die von Rolf Steininger betreuten Beiträge von Thomas Angerer und Michael Gehler in: Rudolf G. Ardelt - Christian Gerbel (Hrsg.), Österreichischer Zeitgeschichtetag 1995: Österreich - 50 Jahre Zweite Republik, Innsbruck - Wien: Studieriverlag 1996.
31. Die Mitgliedsstaaten der NATO sind Belgien, Dänemark, die Bundesrepublik Deutschland (seit 1955), Frankreich, Griechenland (seit 1952, mit einer Unterbrechung 1974-79), das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Portugal, Spanien (seit 1982), die Türkei (seit 1952) und die USA.
32. Die Mitgliedsstaaten der WEU sind derzeit Belgien, Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Portugal, Spanien und das Vereinigte Königreich alle zugleich auch NATO- und EU-Mitglieder.
33. Folgende Staaten sind Mitglieder in der "Partnerschaft für den Frieden": Albanien, Armenien, Aserbeidschan, Belarus (Weißrußland), Bulgarien, Estland, Finnland, Georgien, Kasachstan, Kirghisistan, Lettland, Litauen, Makedonien, Moldawien, Österreich, Polen, Rumänien, Rußland, Schweden, Schweiz, Slowakei, Slowenien, die

Tschechische Republik, Turkmenistan, Ukraine, Ungarn und Usbekistan. Malta unterzeichnete das PfP-Rahmendokument 1995, trat aber 1996 wieder aus.

Erschienen in:

Österreich und die NATO
Information zur Sicherheitspolitik Nr.4 (Jänner 1998)